

Aceh

Die nördlichste Provinz Sumatras, das Sondergebiet Aceh, bleibt weiterhin ein Unruheherd. Zu Beginn dieses Jahres ist es zu mehreren Banküberfällen gekommen, bei denen Geld im Wert von 172.000 US-Dollar erbeutet wurde. Bei den Überfällen, die Sicherheitskräfte der separatistischen "Bewegung Unabhängiges Aceh" zuschreiben, wurden mindestens zwei Menschen getötet. Im April wurden die Truppen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt und auf den wichtigsten Überlandstraßen Straßensperren errichtet, um den Verkehr zu kontrollieren. Seither kam es zu mindestens 14 Verhaftungen. Bei Razzien wurden Gewehre, eine Maschinenpistole und ein Granatwerfer beschlagnahmt.

Seit den blutigen Zusammenstößen zwischen Aceh-Separatisten und der indonesischen Armee im Jahr 1991, bei denen vermutlich mehr als 3000 Menschen ums Leben kamen, ist dies das erste Aufblühen der Unabhängigkeitsbewegung. Neben der Traditi-

on eines ausgeprägten ethnischen Bewußtseins, das mit einer strengen islamischen Frömmigkeit verbunden ist, sind die Gründe für die Bewegung in den vergangenen Jahren zunehmend auch in der ökonomischen und politischen Unzufriedenheit in dieser Provinz zu suchen. Ebenso wie in anderen entlegenen Landesteilen kommen die Aceh nur zu einem geringen Teil in den Genuß der Gewinne aus der Ausbeutung der großen Naturressourcen, z.B. des Arun-Gasvorkommens, in ihrer eigenen Provinz. Die Erlöse wandern nach Jakarta, während für die Bevölkerung nur staatliche Armutsprogramme übrigbleiben.

Zu den jüngsten Vorfällen kam es am 29.5., dem indonesischen Wahltag. Ein Dorfbürgermeister, der sich gerade auf dem Weg befand, einen Brandanschlag auf das Außenlager einer Firma vom Vortag zu untersuchen, wurde mit seinen Begleitern von einer bewaffneten Gruppe überfallen und schwer verletzt.

vgl. *Asiaweek* 11.14.1997, *Waspada online (Medan)* 30.5.1997

- Anzeige -

Politische Prozesse

Die politische Lage Indonesiens war im Berichtszeitraum nicht nur von Unruhen und den unterschiedlichen Aktivitäten im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 29. Mai geprägt, sondern auch von einer Reihe politischer Prozesse, deren Vorgeschichten z.T. schon einige Jahre zurückreichen und über die die Südostasien-Informationen bereits berichtet haben. Im einzelnen geht es um das Verfahren gegen den ehemaligen Parlamentsabgeordneten **Sri Bintang Pamungkas**, der wegen angeblicher Präsidentenbeleidigung angeklagt ist, sowie um die Prozesse gegen den Vorsitzenden der unabhängigen Gewerkschaft SBSI, **Muchtar Pakpahan**, und gegen die führenden Köpfe der **Demokratischen Volkspartei PRD**, denen die Unruhen vom 27. Juli 1996 zur Last gelegt werden.

Der Fall Sri Bintang Pamungkas war auch in den vergangenen Monaten ein wichtiges Thema der Innenpolitik. Ursprünglich war dem Ökonom wegen Präsidentenbeleidigung, die er anlässlich eines Vortrags an der FU Berlin begangen haben soll, der Prozeß gemacht worden. Zum islamischen Fastenbruchfest Lebaran verschickte Sri Bintang, der auch Vorsitzender der 1996 gegründeten PUDI (Demokratische Unionspartei Indonesiens) ist, die traditionellen Grußkarten. Auf der Karte waren jedoch drei politische Anliegen der PUDI genannt: Ablehnung der kommenden Parlamentswahlen, Ablehnung der Kandidatur Suhartos für eine neue Amtsperiode als Präsident sowie der Aufruf, eine neue Gesellschaftsordnung für die Zeit nach 1998 vorzubereiten. Erst circa einen Monat nach der Versendung von einigen hundert dieser Karten forderten die Vorsitzenden der GOLKAR- und der ABRI-Fraktion im Parlament die Staatsanwaltschaft auf, Ermittlungen in dieser Sache zu einzuleiten. Am 5.3. wurden Sri Bintang, der stellvertretende Vorsitzende der PUDI, Yulius Usman, der Generalsekretär der Partei, Saleh Abdullah, sowie zwei weitere Parteimitglieder zum Mittagessen mit der Geheimdienstabteilung der General-

staatsanwaltschaft in ein Restaurant geladen. Von dort wurden sie ins Gebäude der Staatsanwaltschaft gebracht und einzeln verhört. Bis auf den Vorsitzenden Sri Bintang wurden alle um 16.00 Uhr entlassen. Gegen 22.00 Uhr wurde dann ein Haftbefehl gegen Sri Bintang ausgestellt, der sich auf Art. 1,1 des Anti-Subversionsgesetzes beruft. Seine Familie wurde am 6.3. um 1.30 nachts telephonisch über die Verhaftung informiert.

Der juristische Vorwand für die Verhaftung ist der auf der Grußkarte enthaltene Aufruf zum Wahlboykott, der nach dem indonesischen Wahlgesetz ein strafbares Vergehen darstellt. Als Höchststrafe sieht das Anti-Subversionsgesetz die Todesstrafe vor. Ein Ermittlungsverfahren nach diesem Gesetz erlaubt es darüberhinaus, die Beschuldigten ein Jahr ohne Verfahren in Haft zu halten. Zum Hintergrund dieses Falles gehört auch die Tatsache, daß Sri Bintang beim Obersten Gericht Revision gegen die Urteile der Vorinstanzen in seinem Prozeß wegen Präsidentenbeleidigung eingelegt hatte. Zur Zeit seiner Verhaftung war das Urteil noch nicht rechtskräftig, so daß Sri Bintang sich - anders als bei "Subversionsstrafaten" - noch auf freiem Fuß befand. Somit ist in der Verhaftung unter dem Anti-Subversionsgesetz der Versuch der Regierung zu erkennen, einen der schärfsten Kritiker des gegenwärtigen Systems vor den Wahlen vom 29.5. mundtot zu machen.

Am 11.4. bestätigte das Oberste Gericht das Urteil gegen Sri Bintang im Beleidigungsprozeß, das ihn für 34 Monate hinter Gitter bringen wird. Der vorläufig letzte Akt gegen diesen Regimegegner ist die Entscheidung des indonesischen Kultur- und Erziehungsministers Wardiman, der im März 1996 das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen bekam, vom 29.5., Sri Bintang, der bisher als Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universitas Indonesia in Jakarta gelehrt hatte, offiziell aus dem Staatsdienst zu entfernen.

vgl. *KdP* 5./6.3.1997, *Amnesty International AI INDEX ASA 21/11/9*, *Sydney Morning Herald*, 7.3.1997, *Siaran Pers PBHI No. 011/SP.PBHI/V/1997 (5.5.1997)* und *No. 015/SP/PBHI/V/1997 (17.5.1997)*

Nr. 23 Sommer 1997
BAHAMAS
Alpträume der Zivilgesellschaft

Anarchie in Albanien, Sozialfaschismus- these, Wehrmacht in der Diskussion, Entschädigung für NS-Opfer, „junge Welt“ in Abwicklung, Nationalcharakter und instrumentelle Vernunft, Demokratiepreis für Goldhagen, Dialektik im 20. Jhd. u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Pakpahan

Das gleiche Delikt wie den Angehörigen der PRD wird dem Führer der unabhängigen Gewerkschaft SBSI, Muchtar Pakpahan, zur Last gelegt. Er wurde am 29.7.1996 in Jakarta unter der Beschuldigung festgenommen, eine führende Rolle bei den Unruhen vom 27.7. gespielt zu haben. Im Fall Pakpahan zeigt sich ein ähnliches Muster wie im Fall Sri Bintang. Pakpahan war in einem anderen Verfahren, in dem es um die Arbeiterunruhen in Medan vom April 1994 ging, vom Obersten Gerichtshof in letzter Instanz freigesprochen worden. In einem für die indonesische Rechtsgeschichte bisher einmaligen Vorgang hatte die Staatsanwaltschaft von Medan ein Wiederaufnahmeverfahren durchgesetzt, ein Recht, das nach Auffassung der meisten juristischen Beobachter eigentlich nur dem Verurteilten zusteht. Dieses Wiederaufnahmeverfahren war im vergangenen Juli noch anhängig, als die Unruhen ausbrachen.

Da die SBSI und Pakpahan enge Verbindungen zur PRD unterhielten, wurde auch Pakpahan unter dem neuen Vorwand der Aufwiegelung und der Subversion verhaftet. In der Zwischenzeit mußte das Verfahren gegen Pakpahan ausgesetzt werden, da er mit Verdacht auf Lungenkrebs in ein ziviles Krankenhaus in Jakarta eingeliefert wurde. Die Behandlung außerhalb des Polizeikrankenhauses war erst nach Intervention durch einen Beauftragten des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO möglich geworden.

Das Verfahren, das ebenso wie das PRD-Verfahren erhebliche rechtsstaatliche Mängel aufweist, war für das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes ICFTU Anlaß, den Fall Pakpahan dem UN-Sonderberichterstatter über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten vorzulegen. Prozeßbeobachter berichten von zahlreichen Beschneidungen der Rechte der Verteidigung und der Beeinflussung der Zeugen durch den Vorsitzenden Richter.

vgl. ICFTU OnLine 10.3.1997, BERGERAK! 4.4.1997 in KdP 8.4.1997, RASA (Radio Suara Amerika) 24.4.1997



Budiman Sujatmiko (Mitte), Vorsitzender der PRD, verläßt vor der Urteilsverkündung den Gerichtssaal.
aus: AW v. 9.5.1997, S. 40

PRD

Ähnlich wie die Verhaftung von Sri Bintang Pamungkas, so wurde auch das Urteil gegen die führenden Vertreter der Demokratischen Volkspartei PRD vom 28.4. im In- und Ausland kritisiert. Budiman Sudjatmiko, Vorsitzender der PRD, und dreizehn seiner Parteifreunde (B. Garda Sembiring, Ign. D. Pranowo, J. Eko Kurniawan, Suroso, Petrus H. Haryanto, Ken Budha Kusumandaru, Victor da Costa, Ign. Putut Arintoko, Dita Indah Sari, Coen Husein Pontoh, M. Sholeh, I Gusti Agung Anom Astika, Wilson Nurtiyas) wurden zu Haftstrafen zwischen 1 ½ und 13 Jahren verurteilt, weil sie für die blutigen Unruhen vom 27. Juli 1997 verantwortlich sein sollen. Diese Unruhen waren ausgebrochen, nachdem Angehörige des Militärs das Hauptquartier der "Oppositionspartei" PDI gestürmt hatten, das zu der Zeit von Anhängern der abgesetzten Parteivorsitzenden Megawati Sukarnoputri gehalten wurde.

Diese Zusammenstöße waren die schwersten Unruhen seit mehr als zwanzig Jahren. Die Staatsanwaltschaft, die für Budiman Sudjatmiko 15 Jahre Haft beantragt hatte, kündigte unmittelbar nach der Urteilsverkündung Berufung an, da sie die 13 Jahre für den 27-jährigen Parteivorsitzenden für zu gering erachtete. Neben vielen indonesischen Gruppen und Einzelpersonen hat auch die Botschaft der USA in Jakarta in einer offiziellen Stellungnahme das Urteil kritisiert.

Von Beobachtern wurde der Prozeß als eine juristische Farce bezeichnet. Zeugen der Verteidigung wurden nicht zugelassen bzw. beeinflusst. Anwälte und Anklage brachten Befangenheitsanträge gegen den Richter ein und verließen mehrmals während des Prozesses aus Protest gegen Entscheidungen des Richters den Saal. So wohnten die Angeklagten auch nicht der Urteilsverkündung bei, sondern verließen nach Verlesung einer politischen Erklärung anstelle eines Plädoyers unter

Protest den Gerichtssaal. Der Rechtshilfeverband PBHI erklärte in einer Stellungnahme, der Prozeß sei ein weiteres Beispiel dafür, daß die Regierung das Rechtssystem dazu mißbrauche, politisch Mißliebige und Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. Der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM, Marzuki Darusman, erklärte, es gebe viele Hinweise auf ein unfaires Verfahren, und er sehe die Notwendigkeit für seine Kommission, sich mit diesem Fall zu befassen. Er habe den Eindruck, der Prozeß sei nach einem geplanten Schema abgelaufen, um einen politischen Zweck zu erfüllen. Das Urteil zeige weniger die Würdigung der im Prozeß dargelegten Sachverhalte als vielmehr die Absicht, die demokratischen Kräfte in Indonesien einzuschüchtern.

vgl. Radio Australia International News 30.4.1997, D&F/Tempo-Interaktiv 3.5.1997, Tapol vom 29.4.1997 in KdP vom 8.5.1997

IPTN zwischen Hoffen und Bangen

Der indonesische Flugzeughersteller Industri Pesawat Terbang Nusantara (IPTN) unter Führung des Forschungs- und Technologie-ministers B.J. Habibie ist zu einer großangelegten Umstrukturierung gezwungen, bei der 4.000 der 16.000 Beschäftigten entlassen bzw. von Tochterfirmen übernommen werden sollen. Anlaß für diese tiefgreifenden Maßnahmen in dem Unternehmen, das zu den strategischen Industrien Indonesiens zählt, sind die anhaltenden Verluste. Seit der Gründung vor 20 Jahren hat das Unternehmen noch nie einen Gewinn erwirtschaften

können, sondern wurde durch Zuweisungen aus dem Staatshaushalt ausgehalten. Der Verlust im letzten Geschäftsjahr beläuft sich dabei auf 185,55 Mrd. Rp. (ca. 123 Mio. DM).

Ende Mai stürzte eine Militärversion des Typs CN-235-220 bei einem Versuchsflug ab, auf dem die Abwurf-einrichtung von Gütern während des Flugs erprobt werden sollten. Bei dem Absturz kamen 5 Menschen ums Leben. Die angesehenere englischsprachige Zeitung Jakarta Post sprach von technischem Versagen als Ursache des Unglücks, während der offizielle Untersuchungsbericht von einem Irrtum des Packmeisters (menschliches Ver-

sagen) ausgeht. IPTN strengt eine Schadensersatzklage gegen Jakarta Post an, da den Flugzeugbauern durch die falsche Berichterstattung großer materieller Schaden entstanden sei. IPTN steht kurz vor dem Verkauf mehrerer Flugzeuge dieses Typs an asiatische Länder.

Zur gleichen Zeit scheinen die Bemühungen Habibies, in Deutschland Fuß zu fassen, nun doch noch erfolgreich zu sein. Am 12. 6. unterschrieb er in Stuttgart mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg eine Absichtserklärung, auf dem ehemaligen kanadischen NATO-Flugplatz bei Lahr, einen Stützpunkt für die Vermarktung des neuen Mittelstreckenflugzeugs N 250

zu errichten. Demnach soll eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 1 Mio. DM gegründet werden, an dem die indonesische Seite zunächst mit 50 % beteiligt sein soll. Später soll der Anteil auf eine Sperrminorität von 25,01% sinken. Banken und Unternehmen des Landes Baden-Württemberg sollen treuhänderisch die andere Hälfte der Aktien übernehmen, bis sich deutsche Investoren gefunden haben. Die örtliche IHK verspricht sich von der Ansiedlung von IPTN 200-300 Arbeitsplätze in Lahr.

vgl. Forum Keadilan, 4, 1 (21.4.1997): 95f; Tiras 3, 10 (3.4.1997):32; Bad. Zeitung 13.6.97; Kompas Online 11.6.97.

Weiter Spannungen in West-Kalimantan

Nach den schweren Unruhen zwischen autochthonen Dayak und zugewanderten Maduresen in West-Kalimantan zu Beginn dieses Jahres ist die Situation weiterhin gespannt. Die Regierung hat allerdings praktisch eine Nachrichtensperre durchgesetzt, indem sie ein Reiseverbot für ausländische Journalisten verhängte und indonesische Zeitungen anwies, keine weiteren Einzelheiten über die Vorgänge zu berichten. Über

die Anzahl der Toten gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen. Offizielle Quellen sprechen von 300 Todesopfern, andere halten eine Zahl von über tausend für realistisch. Angesichts der Unzugänglichkeit des Gebiets scheint eine genaue Feststellung schwierig. Ein Untersuchungsbericht des "Indonesischen Jugendforums" spricht von 1200 Vermißten. Asmara Nababan und M. Salim, die für die Nationale Menschenrechtskommission im Januar eine Reise in die betroffenen Gebiete unternommen hatten,

wollten sich in einem Interview Ende März noch auf keine Zahlen über Tote und Vermißte einlassen. Nach ihren Worten unterscheiden sich die ethnischen Konflikte in West-Kalimantan sowohl hinsichtlich der Anzahl der Opfer als auch der Brisanz der zugrunde liegenden Probleme von anderen Unruhen, die Indonesien, insbesondere Java, in den letzten Monaten 1996 erschütterten.

In West-Kalimantan wurde in der Zwischenzeit ein dreiseitiger Bericht von einer sog. "Studiengruppe" bekannt, in dem sieben prominente Da-

yaks beschuldigt werden, an der Entstehung der Unruhen beteiligt gewesen zu sein. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglied einer Gruppe zu sein, die sich "Unabhängige Republik Dayak" (Republik Dayak Merdeka) nennen soll. Die Zugehörigkeit zu solchen Gruppen wird in der Regel als Subversion angesehen und mit der Todesstrafe geahndet. Die Beschuldigten, Drs. SM Kaphat, Yacobus Frans Layang SH, Rachmad Sahudin, Dr. AH Meser, Pius Alfred, H. Ch. Saiyan SH and Drs. Stephanus Juweng, z.T. Personen des öffentlichen Lebens, weisen die Vorwürfe entschieden zurück und sehen darin einen Versuch, weitere Unruhe zu schüren. Der Polizeichef von West-Kalimantan, Oberst Erwin Achmad, und der örtliche Militärkommandeur, Oberst Zainuri Hasyim, wollten über die Herkunft des Papiers und seinen Inhalt nichts sagen. Das Papier, das von den Behörden als streng geheim eingestuft wird, kursiert allerdings in photokopierter Form sogar bis in die entlegensten Dörfer. Die als Autor genannte Studiengruppe unter Prof. Dr. Syarif Ibrahim Alkadrie Msc., die beim Zustandekommen von Friedensverhandlungen zwischen Dayaks und Maduresen beteiligt war, streitet die Urheberschaft ab und vermutet, daß Briefkopf und Unterschriften gefälscht worden seien, um die Bemühungen der Gruppe zu diskreditieren.

vgl. Sydney Morning Herald, 5.3.1997, SIAr v. 21.3.1997, Down to Earth v. 29.3.1997 in KdP 29.3.1997



Kopf eines Opfers der Unruhen in West-Kalimantan - Inschrift: "Hier ist der Beweis: Wir sind Dayaks und hassen Maduresen". aus: II No. 50 (1997), S. 8